

Freiheit ist anspruchsvoll

Interview mit Christoph Möllers

TUP: Herr Professor Möllers, zu Beginn Ihres Buches „Freiheitsgrade“¹ haben Sie ein Zitat von John Dewey angeführt: „Ich wollte herausfinden, ob es möglich ist, weiterhin ehrlich und intelligent ein Liberaler zu sein, und im Fall einer positiven Antwort wissen, welche Art liberaler Überzeugung man heute annehmen sollte.“ Zwei Fragen dazu: Haben Sie für sich nach der Niederschrift des Buches eine Antwort gefunden? Und, zweitens, Sie betonen in manchen Interviews, wie relevant das Denken Deweys für Ihr Buch war. Warum?

Christoph Möllers: John Dewey war jemand, der ein ganzheitliches Projekt von Demokratie verfolgte. Und wenn ein solcher Autor über den Liberalismus-Begriff nachdenkt, verspricht das weiterführende Erkenntnisse. Und dem war auch so. Ich finde Dewey deshalb so interessant, weil er ein Meister der Kategorienverflüssigung, der Beweglichkeit von Begriffen und Institutionen im Namen des Demokratischen ist. Dewey weiß auch, dass es schwierig ist, sich Freiheit angemessen vorzustellen. In diesem Zusammenhang kommt er zu dem Schluss, dass wir die Kategorien individueller und kollektiver Freiheit graduieren müssen; dass wir nicht einfach einen unreflektierten Individualismus in unserem Denken voraussetzen können. Und hier liegt wahrscheinlich auch schon die Antwort auf die erste Frage. Ich glaube, man kann heute nur Liberaler sein, wenn man sich nicht so sicher ist, wo Freiheit und Unfreiheit zu verorten sind; wenn man das immer wieder neu denkt und immer wieder nach neuen Formen von Unfreiheit und zugleich nach einer neuen Formulierung, was Freiheit sein kann, sucht.

2019 hat die AWO ihr Grundsatzprogramm überarbeitet. In diesem Zusammenhang haben wir versucht, den Freiheitsbegriff zu aktualisieren. Demnach bedeutet Freiheit, „selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben. Freiheit von Willkür, Unterdrückung, Not und Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und die Freiheit anderer zu respektieren.“ Können Sie dem Verständnis folgen?

Grundsätzlich ja. Es ist wichtig, den gemeinschaftlichen Aspekt hervorzuheben. Mir wäre es wahrscheinlich noch zu individualistisch formuliert. Die Definition geht doch sehr von so etwas aus wie einer individuellen Persönlichkeitsentwicklung, die auch in Gemeinschaft

1 Christoph Möllers: Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen politischen Mechanik. Berlin 2020.

stattfindet. Der Fortschritt, den wir in der Freiheitsdiskussion der letzten Jahrzehnte jedoch haben, liegt darin, nicht nur vom Individuum her zu denken, sondern sich auch klarzumachen, dass unsere Individualität das Produkt einer politischen Gemeinschaft ist und auch immer wieder neu gedacht und erkämpft werden muss. Wir denken jedoch häufig individualzentriert, weil – so eine These meines Buchs – Individualität so stark mit unserem Körper verkoppelt ist. Wir wollen Bewegungsfreiheit, wir wollen nicht körperlich oder psychisch leiden; das hat mit Freiheit zu tun. Gleichzeitig muss man sich aber klarmachen, dass unsere Bewusstseinsgehalte, unsere Sprache, unsere Kommunikation immer das Produkt der Gemeinschaft sind. Spannend ist dann zu fragen, was daraus politisch folgt.

Lassen sich bestimmte Voraussetzungen einer politischen Gemeinschaft definieren, die für ein Individuum gut sind?

Ich glaube in der Tat, dass wir heute – anders als etwa im 19. Jahrhundert – nicht anders können, als Liberalismus demokratisch zu denken. Das bedeutet in der Konsequenz, alle Beteiligten von vornherein in Mitentscheidungs- und Partizipationssituationen hinein zu sozialisieren. Und dies keineswegs nur, damit die Strukturen demokratisch sind, sondern auch, damit wir uns überhaupt als Individuen entwickeln können. In diesem Zusammenhang sind die in den 1970er-Jahren angestoßenen Projekte wie zum Beispiel die Demokratisierung der Arbeit oder die Demokratisierung der Schule weiterhin zeitgemäß. Man kann eben nicht einfach sagen, hier ist die Organisation und hier ist das Individuum und das Individuum ist der Ort der Freiheit und die Organisation muss deshalb beschränkt werden. Die Organisation muss eine Organisation von allen Beteiligten und damit auch demokratisiert sein. Erst so bekommen wir überhaupt so etwas wie einen Begriff von Liberalismus, der Freiheit auf allen Ebenen zu Ende denken kann.

Mit Blick auf die letzten dreißig bis vierzig Jahre hat ein solches Freiheitsdenken aber eher abgenommen, oder?

Es kommen auch wieder Ideen hoch in letzter Zeit, etwa mit Blick auf Arbeitsplätze und Schulen. Aber es ist richtig: Wenn Leute heute „Liberalismus“ hören – und daher ist dieser wohl auch so unbeliebt –, denken sie meistens an Neoliberalismus. Das ist natürlich deshalb interessant, weil dieser nur einen winzigen Ausschnitt der Theorie- und Politikgeschichte des Liberalismus ausmacht, die um 1800 beginnt und sehr oft mit partizipativer Politik zu tun hat.

Aber die neoliberale Denkart ist in den letzten Jahrzehnten nicht ohne Einfluss geblieben.

Stimmt. Sie hat unser gesamtes Denken geeicht. Sie hat interessanterweise auch die politische Linke sehr geprägt. Teile davon möchten jetzt antiliberal sein, sich dabei aber gleichzeitig immer wieder auf liberale Errungenschaften berufen. Das ist zu kurz gesprungen. Man sollte schon etwas genauer nachdenken, wenn man sich einerseits auf bestimmte Menschen- oder Freiheitsrechte beruft, aber andererseits den Liberalismus abzulehnen glaubt. Ich vermute, dieser Fehlschluss kommt auch daher, dass unterstellt wird, dass das Privateigentum als negative Folie das eigentliche Modell liberaler Rechte sei. Das muss aber nicht so sein.

Wie konnte ein solch neoliberales Denken so wirkmächtig werden? Verbergen sich dahinter wirtschaftliche Konjunkturen oder sind es politische Entscheidungen, die diesen Rahmen setzen? Und warum haben die Menschen das mitgemacht?

Vielleicht hilft ein Blick auf die Lage der späten 1970er-Jahre. Zu der Zeit wurden die sozialdemokratischen Regierungen sehr technokratisch und hatten zugleich wenig Problemlösungsangebote. Es gab seinerzeit eine gewisse postsozialdemokratische Depression; ein Gefühl der Ausweglosigkeit aus einer politökonomischen Stagnation. Die Alternative schien auch deswegen so interessant, weil die Sozialdemokratie selbst nicht weiterwusste. Zu dieser Zeit schien es attraktiv zu sagen, dass Politik und Ökonomie nicht harmonisch ineinander aufgehen müssen.

Bekommt man diese Widersprüche nur in Freiheit diskutiert, wenn es ein institutionelles Gefüge gibt, das demokratisch ist? Anders gefragt: Müsste nicht eine Demokratie mit Freiheitsrechten wieder dagegen vorgehen, um einem solchen neoliberalen Grundzug Abkehr zu leisten?

Ein solcher Prozess hat eingesetzt. Kaum jemand glaubt mehr so richtig an Privatisierung. Wir haben in Kontinentaleuropa einen sehr aktiven Wohlfahrtsstaat. Dieser agiert vielleicht anders als früher, aber macht nicht unbedingt immer weniger. Aber klar, es kommt immer etwas dazwischen. Es kommt die Klimakrise, der Krieg in der Ukraine. Generell lässt sich die Welt momentan schwer aufteilen in rechtsliberal oder linksliberal. Es liegen sehr viele Probleme quer dazu, und das macht es kompliziert. Nehmen Sie die Pandemie oder den Krieg in der Ukraine. *Ein* Produkt des Neoliberalismus ist ja zu sagen: Es gibt eine Vonselbstständigkeit des ökonomischen Handels gegenüber seiner politischen Grundlage. Das glaubt jetzt keiner mehr so richtig. Eine Re-Politisierung des internationalen Kapitalismus ist wahrscheinlich auch keine ganz schlechte Entwicklung. Sie schafft einen Zusammenhang zwischen den Partnern, mit denen man Geschäfte macht, und den politischen Ordnungen, mit denen man auskommen kann. Das wird keineswegs konsequent durchgehalten und auch immer wieder mit einer gewissen Heuchelei verbunden werden. Aber wieder ein Problembewusstsein davon zu haben, dass man die ökonomische Seite nicht einfach so abspalten kann von der Politik, ist schon ein richtiger Schritt. Damit verteidigen wir auch unsere Freiheit.

Hat die individuelle Freiheit in den letzten Jahrzehnten gelitten? Sprich: Es kann ja auch ökonomische Zwänge geben, etwa ein Leben in Armut oder wo eine volle Erwerbsarbeit nicht zur Bewältigung des Lebensalltages reicht und dann die Unfreiheiten im Leben zunehmen?

Ich scheue mich ein wenig, Armutsentwicklungen abschließend zu beurteilen, nicht zuletzt bei einer globalen Betrachtungsweise. Dann ließe sich nämlich sagen: Es gibt natürlich so etwas wie den Aufstieg der asiatischen Mittelschicht; es gibt heutzutage viel mehr Lebenschancen in vielen Ländern als früher. Der identitätspolitische Diskurs darüber, wie Leute ihr Leben so führen können, wie sie es wollen, ist ein weiterer Punkt. Grundsätzlich haben wir ein bisschen den Idealismus der Lebensformen verloren. Selbstbestimmung ist sehr stark aufgegangen in Konsum. Daraus würde ich nicht sofort eine ganze Kulturkritik formulieren

wollen, zumal Konsum auch etwas mit Freiheit zu tun hat. Aber gleichzeitig sieht man, dass die Vorstellung vom Traum eines besseren Lebens etwas mehr ist als Subsistenz.

Individualität und der Freiheitsbegriff sind auch an eine Gemeinschaft gebunden. Entkoppelt sich dies gegenwärtig mehr, wengleich es eigentlich zusammengehören sollte? Kümmern sich die Menschen zu sehr um sich selbst?

Ich glaube, es entkoppelt sich. Wir müssen leider feststellen, dass die demokratische Gemeinschaft den Staat sehr weitgehend als abgespalten von Idealgemeinschaften sieht. Vielleicht entwickeln sich in religiösen und quasireligiösen Gemeinschaften oder Freundeskreisen noch Idealismen; vielleicht auch im zivilgesellschaftlichen Engagement. Aber der Staat oder die politische Gemeinschaft werden doch eher als Problemlösungsagentur, als ein nötiges Übel verstanden und nicht so sehr als der Ort, in dem Ideale verwirklicht werden können. Das steht natürlich auch im Zusammenhang mit der Professionalisierung von Politik, die ja durchaus etwas Ambivalentes hat, weil sie notwendig erscheint, aber zugleich nur schwer die Idealseite von Politik beleben kann.

Ihre Analyse geht mit dem Aspekt einher, dass sich Menschen mancherorts von den „Alt-Parteien“ nicht mehr repräsentiert fühlen und dies dann zum Anlass nehmen, sich etwa in Wahlenthaltung zu üben oder rechte Parteien wie die AfD zu wählen.

Rechtsextreme Parteien nähren in fast schon perverser Art und Weise ein Bedürfnis nach Idealismus in der Politik; etwas, das über das reine Lösen von Problemen hinausgeht. Dieser Punkt ist vielleicht noch nicht richtig erkannt. Er ist wiederum für professionelle Politik auch nur sehr schwer anzugehen, weil professionelle Politik zu sehr damit beschäftigt ist, praktische Probleme zu lösen, um programmatisch dagegenzuhalten.

Der sogenannte Flügel um Björn Höcke wird in der AfD immer dominanter. Viele Inhalte dieser Parteivertreter*innen sind durchaus ein Angriff auf die Freiheit.

Ja ...

Ist das den Parteien aus dem demokratischen Spektrum bewusst und kämpfen sie genug für Freiheit?

Das ist ambivalent. Ich finde schon, dass die etablierten Parteien einen guten Punkt darin haben zu sagen: Der Kampf um Freiheit ist in der Demokratie eigentlich immer in den Institutionen aufgehoben. In einem Land wie dem unseren, das relativ gut funktioniert und weiterhin Teilhabechancen auf allen Ebenen bietet, können wir angesichts der bestehenden Herausforderungen keinen Meta-Kampf um Freiheit beginnen, weil wir den Betrieb am Laufen lassen müssen. Dass wir Wahlkampf führen, das ist unser Kampf um Freiheit, weil die anderen auch Wahlkampf führen. Insgesamt ist eine solche Sicht richtig und wichtig. Gleichzeitig ist es auch zu wenig. Wenn man im Betrieb aufgeht, geht der idealistische Überschuss verloren. Insofern bin ich in der Beurteilung eher milde, sehe aber durchaus ein Dilemma.

Im Zuge des Kriegs in der Ukraine wird immer wieder auf den Kampf um Freiheit, der gerade geführt wird, hingewiesen. Stimmt das so?

Ich erkenne weniger eine idealistische Überhöhung, sondern vielmehr die Einsicht, dass wir als egoistische Bundesrepublik ein politisches Problem mit der russischen Expansion haben; dass wir jetzt nicht nur die Ukraine unterstützen, sondern an einen Punkt geraten, wo wir tatsächlich faktisch bedroht werden. Daher empfand ich die angesprochene Anrufung der Freiheit gar nicht so sehr als etwas hoch Idealisiertes, sondern vielmehr als einen Versuch, uns vor Augen zu führen, dass eigene, im Sinne von deutschen und europäischen, Interessen stark gefährdet sind.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wie sehr sind diese drei eigentlich aufeinander angewiesen, damit Freiheit in dem Rahmen, über den wir bisher gesprochen haben, möglich ist?

In der Theoriegeschichte hat man bei der Lektüre von Immanuel Kant oder Jean-Jacques Rousseau das Gefühl, dass es in ihren Vorstellungen einen kompakten Republikanismus gibt, in dem im Grunde das Liberale und das Demokratische als Gemeinsamkeit gedacht werden. Dann fällt im Verlaufe der Theoriegeschichte das Ganze erst einmal wieder auseinander und der Liberalismus wird sehr schnell zu einem bürgerlichen Produkt, das gar keinen großen Wert legt auf Brüderlichkeit, auch nicht auf Gleichheit, sondern Freiheit als eine bestimmte Form von Pflicht versteht. So richtig wird das Gemeinsame von Liberalismus und Demokratie und damit auch von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erst wieder nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen entdeckt. Wir sehen in letzter Zeit aber auch – Stichwort illiberale Demokratien – die Entdeckung von Gleichheit und Solidarität ohne Freiheit; es wird hier auf einmal die andere Seite vom ganzen Diskurs abgeschnitten. Aber: Stand der Dinge heute in der politischen Theorie können Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nicht ohne einander gedacht werden. Wir brauchen ein inklusives Konzept von Freiheit, das politische Partizipation und auch so etwas wie gleiche Subsistenzmöglichkeiten für alle vorsieht.

Die Entdeckung von Gleichheit und Solidarität ohne Freiheit ist etwa in Ungarn oder Polen zu beobachten: Freiheitsrechte werden beschnitten und der Rückbesinnung auf das Völkische und entsprechender sozialer Absicherung wird das Wort geredet ...

... wobei Ungarn eine wenig idealisierte Ordnung ist. Ungarn ist eigentlich eine Ordnung, in der es sehr stark um Korruption geht; darum, Leute zu versorgen – mit sozialstaatlichen Nebeneffekten. In Polen erscheint die Politik stärker von Idealen geleitet, was nicht immer ein Vorteil sein muss. Dort regiert eine stark verwestlichte – aufgrund der historischen Erfahrung mit Russland und Deutschland –, aber zugleich sozialkonservative Bewegung.

Wie sehr kann man Freiheitsrechte beschneiden, ohne dass sich irgendwann spürbarer Protest dagegen kundtut? Generell gefragt: Glauben Sie, dass Freiheit sich immer wieder irgendwann Bahn bricht bei den Menschen? Wie stark ist Freiheitsdrang?

Da bin ich eher pessimistisch. Zu sagen, es gäbe quasi einen natürlichen Punkt, an den die Freiheit immer wieder zurückkommt, daran glaube ich nicht. Freiheit ist etwas sehr Anspruchsvolles und gewissermaßen auch etwas sehr Künstliches. Freiheit ist etwas, das man

kultivieren muss, schaffen muss. Freiheit hat sehr viel mit der historischen Entwicklung zu tun und kann entsprechend auch verloren gehen. Ich glaube schon, dass man Freiheit aberziehen kann; dass man Freiheit aus einer Gesellschaft – wenn dies systematisch geplant wird – eliminieren kann. Wenn ich an ein Land wie China denke, wo es vor gut dreißig Jahren eine Freiheitsbewegung gab, dann ist dort mit sehr vielen und sehr gezielten Maßnahmen eine Gesellschaft sehr unfrei gemacht worden. Niemand weiß, was da passieren wird. Aber ich würde nicht so Schiller'sch gestimmt sagen: Wer immer in Ketten liegt, weiß, was Freiheit ist.

Im Zuge der Pandemie wurde zeitweise in grundlegende Freiheitsrechte eingegriffen, nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den Lebensschutz. Inwieweit war das verfassungsrechtlich bedenklich oder auch nicht?

Es ist interessant, dass in der Diskussion um die Pandemie Leute, etwa auch Jürgen Habermas, sehr prominent gesagt haben: Der Lebensschutz geht vor. Das ist sicherlich nicht die theoretische Grundlage des demokratischen Verfassungsstaats, hier gilt: Erst kommt die Freiheit, dann kommt der Rest. Aber natürlich ist die öffentliche Gesundheit auch verfassungsrechtlich ein guter Grund, Freiheiten zu beschränken.

Haben die meisten Menschen die rechtlichen Maßnahmen und Auflagen tatsächlich als massive Eingriffe in ihre Freiheit wahrgenommen?

Manche schon, andere nicht. Das macht die ganze Sache wiederum so schwierig, weil die Freiheitswahrnehmung so fragmentiert ist; weil jeder seine eigene Beschwerde damit hat, was er oder sie nicht tun kann. Grundsätzlich haben viele Menschen es als massiv wahrgenommen – sei es als Einschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit oder als Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Nicht zuletzt zu Beginn ging damit die diffuse Angst einher, nicht zu wissen, wogegen man vorgeht. Dann ist es nachher auf eine Art erträglicher geworden. Je mehr man darüber wusste, desto mehr mussten Maßnahmen gerechtfertigt werden – und sie wurden auch besser gerechtfertigt.

Wie wichtig ist in einem solchen grundlegenden Zusammenhang eine offene politische Debatte über die berührten Freiheitsfragen in einem Parlament? Und wie misslich war es, dass entsprechende Debatten in der Pandemie eine Zeit lang nicht erfolgten?

Das war schon ein Problem. Zumal innerhalb des Exekutiv-Föderalismus plötzlich alle Parteien Regierungsparteien waren – außer der AfD. Damit waren alle dafür und es gab keine Oppositionspartei im eigentlichen Sinne – außer der Systemoppositionspartei. So entstand ein ungutes Klima, in dem Leute, die gegen bestimmte Maßnahmen waren, sehr schnell als Opponenten gegen das ganze System betrachtet wurden. Dies war ein großes Problem vor allem deshalb, weil sich ja *innerhalb* des demokratischen Systems Alternativen generieren sollen. Von daher hat die FDP – obwohl ich es in der Sache nicht so sehe wie sie – im Verlauf der Zeit im Parlament eine nicht unwichtige Funktion bekommen, weil sie diejenige Partei war, die sich auf Grundlage einer freiheitlichen Ordnung am skeptischsten äußerte.

Die FDP wurde dafür zum Teil ziemlich stark angegangen. Findet gegenwärtig – auch an anderen Stellen – eine Art von Freiheitsbegrenzung öffentlicher Diskurse statt?

Polarisierung bedeutet, dass Leute extreme Ansichten vertreten, aber auch, dass Leute andere Ansichten wiederum als extreme Ansichten wahrnehmen und rasch sehr viel Energie und Emotion in die Bekämpfung von Positionen investieren, die ihrerseits vielleicht gar nicht so radikal sind. Wir haben sowohl eine inhaltliche Radikalisierung, weil Leute Positionen vertreten, die so vor zehn oder zwanzig Jahren nicht vertreten worden wären, als auch eine Sensibilisierung, durch die mehr als „extrem“ bewertet wird. Es entsteht also eine Form der Radikalisierung, in der Leute sich wechselseitig auch für Positionen ausschließen, die man für falsch halten, aber moderaterweise noch vertreten kann. Das ist ein Freiheitsverlust, weil damit die Kosten, sich zu äußern, steigen. Es ist ein Problem, wenn sich alle sehr genau beobachten und sehr bewusst nach Ausschlussgründen für die anderen suchen. Muss ich extremer werden beziehungsweise formulieren, weil alle anderen angesichts der vermeintlichen Radikalisierung ihre Position auch extremer formulieren, obwohl man angesichts der anstehenden Herausforderungen und der vielen Ungewissheiten eher weniger extrem werden sollte? Weniger extrem im Sinne von offener, ein bisschen unsicherer, beweglicher, zweifelnder mit Blick auf den eigenen Standpunkt. Derzeit bleibt so etwas wie eine wohlwollende Form der Auseinandersetzung und sich erst einmal das Gemeinsame zu suchen leider oft auf der Strecke. Sehr viele Leute – und das empfinde ich selber so – halten es mittlerweile für riskanter, sich zu bestimmten Fragen öffentlich zu äußern, als etwa noch vor fünf Jahren. Das ist für offene Debatten keine gute Entwicklung.

Interview: Peter Kuleša

Dr. jur. Christoph Möllers

ist Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verfassungsrecht, und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Permanent Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

E-Mail: moellers@rewi.hu-berlin.de